

# Fragen zur Zeit

von Reinhard Uhle-Wettler

Das nun zu Ende gehende Jahrhundert kann als das Jahrhundert der Machtergreifung des Kapitalismus bezeichnet werden. die Ankündigung dieses Vorganges finden wir in dem berühmten Manifest der kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahre 1848. Dazu gehört die Vernichtung der drei Kaiserreiche Österreich-Ungarn, Deutschland und Russland, „alle durchaus lebensfähige Staatsgebilde, die viele Gemeinsamkeiten hatten und sich auch von anderen europäischen Staaten kaum unterschieden“ (Alan Sked).

Das Zarenreich versank in einem bisher noch nie erlebten „Reich des Bösen“ (Ronald Reagan), bis dieses schließlich nach 76 Jahren des Schreckens in seinem selbstgeschaffenen Sumpf aus Blut und Terror erstickte. Österreich wurde nach dem Fall des Hauses Habsburg die von der demokratischen „westlichen Wertegemeinschaft“ proklamierte Selbstbestimmung versagt. Es durfte sich nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges weder dem geschlagenen Deutschen Reich anschließen, wie es seine gewählte Volksvertretung 1919 beschlossen hatte, noch auch nur den Namen „Deutsch-Österreich“ annehmen (Plötz, 1960).

Das Deutsche Reich wurde in dem - wie wir heute wissen - „dreißigjährigen Krieg“ (John Major, Fritz Stern) zwischen 1914 und 1945 nach einem heroischen Kampfe vollständig vernichtet. Mit ihm gingen das britische Weltreich und Europas Vormachtstellung auf der Welt zugrunde. Als endgültiger Sieger gingen die Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Ringen um die Neuordnung der Welt hervor. Sie sind nunmehr „die einzige Weltmacht“ (Zbigniew Brzezinski). Ihre Großwirtschaft und Hochfinanz, abgestützt auf die gewaltigste Militärmacht der Geschichte, bestimmen das Weltgeschehen.

„Als Teil des amerikanischen Systems muss außerdem das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert, die sie mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 aus der Taufe hoben“ (Z. Brzezinski). Die antikapitalistischen „totalitären Großversuche“ (Klaus Hornung) von Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus sind vom Kapitalismus besiegt worden. dieser hat mit seiner aggressiven, weltlichen Heilsbotschaft der Menschenrechte und der Demokratie ein neues ideologisches Zeitalter eingeleitet. Dabei geht die Macht der Völker und Nationen zunehmend auf transnationale bürokratische und politische Organisationen über. Darüber hinaus geht mit dem Primat des Marktes bzw. der Ökonomie eine „Dekonstruktion des Politischen“ (Ricardo Petrella) einher.

Dem entspricht die zum Globalismus ausgeartete Globalisierung, deren zunächst positive technologische Seiten sich mangels Steuerung und Kontrolle zerstörerisch und auflösend auf jede Art von Ordnung auswirken. Die Folge ist unter anderem ein gefährliches geistiges Vakuum. Der einstige Staatsbürger wird bindungslos ins Private gedrängt. Ohne ausreichende Orientierung gerät er in das Fahrwasser der „geheimen Verführer“ und politischen Manipulation. Technologie und Kommunikationsindustrie bieten dazu ungeahnte Möglichkeiten, die sich überwiegend staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle entziehen.

Nur so ist die Entwicklung der Massenmedien zur sogenannten Vierten Gewalt im Staate zu verstehen. Manche behaupten, sie seien mittlerweile die Erste Gewalt, der die klassischen Gewalten hinterherliefen. Nicht ohne Grund sprach der große Philosoph Hans-Georg Gadamer einmal über den Umgang mit den Medien als von einer Schicksalsfrage. Die Politik nutzt natürlich die neuen Möglichkeiten der Informationsverbreitung rund um die Welt in vollem Umfang. In der Regel unterliegt dabei die Wahrheit dem politischen Zweck.

Propaganda und Desinformation beginnen oft schon bei der Auswahl dessen, was man sagt und zeigt und wie man es kommentiert. Die einseitige und zum Teil lügenhafte Berichterstattung über den Krieg der USA gegen den Irak (Golfkrieg) und der NATO gegen Serbien (Kosovo) liefern viele Beispiele dafür. Es kommt in solchen Fällen darauf an, die Weltöffentlichkeit für bestimmte politische Ziele zu mobilisieren. Umfassende und abweichende Recherchen einiger weniger unabhängiger Journalisten und Wahrheitssucher gehen meist im Trommelfeuer der Telekratie unter. „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Ständige Wiederholung lässt nur allzu leicht Halbwahrheiten zur baren Münze werden, obwohl sie eigentlich für ganze Lügen genommen werden müssten.

Deutschland ist von diesem Phänomen besonders betroffen. Kürzlich fragte ein junger Teilnehmer an einem Vortrag bei einer Burschenschaft - Wahlspruch: „Ehre - Freiheit - Vaterland“ - arglos, was es denn mit der wiederholt erwähnten Umerziehung der Deutschen durch die Besatzer nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Bewandnis habe. Da war schlagartig klar: die Umerziehung durch das wissenschaftlich vorbereitete, umfassende Programm der Sieger war vollständig gelungen. Der Umerzogene war sich dessen gar nicht bewusst. Er hatte das Umerziehungsprogramm mit der Muttermilch eingesogen und merkte nicht, dass diese vergiftet war. Caspar von Schrenck-Notzings Buch „Charakterwäsche“ gehört eben nicht zur Pflichtlektüre in der Staatsbürgerkunde und den politischen Wissenschaften.

Dass diese Betrachtung hochaktuell ist, belegen jüngste Ausführungen von Daniel J. Goldhagen. Nachdem er in seinem Bestseller „Hitlers willige Vollstrecker“ den Deutschen falsche Gene bescheinigt hatte, gab ihm die Süddeutsche Zeitung (Nr. 99, S. 17 vom 30. April 1999) Gelegenheit für weitere Hetze. Indem er ein Programm für die Besatzungspolitik und Umerziehung des schuldig gewordenen Serbischen Volkes entwickelt, schreibt er vergleichend unter Bezugnahme auf Deutschland: „Ein vernünftiger Maßstab wurde 1945 definiert - zugleich mit dem Prinzip, dass ein Volk, das an systematischem Massenmord teilnimmt oder ihn unterstützt, besetzt und nach demokratischen Prinzipien umerzogen werden kann.“ Und weiter: „Wenn die Menschen dieses Interventionsprinzip für richtig halten und akzeptieren, dass es moralisch korrekt und auch klug war, Deutschland zu besetzen und umzugestalten, müssen sie folgerichtig einen ähnlichen Kurs für Serbien des Jahres 1999 unterstützen.“

Angemerkt sei hier, dass im Rahmen dieser Umerziehung über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zunächst weder geschrieben noch gesprochen werden durfte, um das Bild vom hässlichen Deutschen zu etablieren. Zudem wurde die Auflösung des Staates Preußen als „Träger des Militarismus und der Reaktion“ durch Gesetz Nr. 46 des Kontrollrates beschlossen, jenes Staates, dessen letzte geistige Vertreter eben den Widerstand organisierten und zumeist mit dem Leben bezahlten.

Zu Recht fordert nun Egon Bahr in seinem sehr beachtlichen Buch „Deutsche Interessen“ die Souveränität des Denkens. Zur Erläuterung führt er aus: „Der kluge und erfahrene amerikanische Botschafter in Bonn, John Kornblum, hat festgestellt: Deutschland hat seine

Rolle noch nicht gefunden. Ein anderer amerikanischer Freund unseres Landes, Gerald Livingston, hat die alte Bundesrepublik ein Protektorat Amerikas genannt, das über 45 Jahre Lehenstreue bewiesen hat. Deshalb würde in Washington die deutsche Zustimmung zur amerikanischen Politik für selbstverständlich gehalten. Bei 80.000 amerikanischen Soldaten auf deutschem Boden, mehr als in jedem anderen Land der Welt, unerlässlich für schnelles Eingreifen im globalen Dorf, setze Amerika auf deutsche Vasallentreue und die Übernahme internationaler Verantwortung unter amerikanischer Führung. Das sei so unzweifelhaft, dass die Gleichgültigkeit gegenüber Deutschland wachse. Sie wäre in dem Augenblick zu Ende, in dem Deutschland sich in einer wichtigen Frage gegen Amerika stelle.“

Egon Bahrs Frage, ob wir uns eine deutsche Politik der Souveränität im Dienste Europas zutrauen, wird man besonders angesichts des politischen Linkskartells mit seinen antifaschistischen Fußtruppen, aber auch wegen der indifferenten Haltung der angeblich konservativen Mitte, die es jedem Recht machen will, eher negativ beantworten müssen. Der gemeinsame Kampf aller gegen Rechts und die damit verbundene inquisitorische Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten beweist ja, wie sehr die Schuld- und Bußkultur von unserer politischen Klasse verinnerlicht worden ist: „Wir bei unserer Geschichte!“ hört man die ungelerten Usurpatoren auf Bismarcks und Stresemanns Stühlen lamentieren. Verantwortung für Europa sollte man wohl doch besser den selbstbewussten Nachbarn der Deutschen übertragen, solange die 68er Generation noch ihr Unwesen treibt.

Die Vernachlässigung deutscher Interessen wird an der Asylproblematik und der Überfremdung durch Ausländer besonders deutlich. Volkswille spielt dabei eine völlig untergeordnete Rolle, obwohl er doch nach Grundgesetz entscheidend ist. Schon in den 60er Jahren ist die verfehlte Ausländerpolitik von weitsichtigen und besorgten Patrioten öffentlich sachkundig und unter Hinweis auf das Schweizer Modell kritisiert worden. Heute nun erlaubt sich die politische Klasse das eigene (Wahl-)Volk, weil es sich gegen die verfehlte Politik und ihre negativen Folgen wehrt, als ausländerfeindlich vor aller Welt zu beschimpfen. In das gleiche Kapitel gehört auch das Unterfangen, das geltende *ius sanguinis* durch das *ius soli* abzulösen. (Vergl. hierzu Dr. jur. Otto Uhlitz: Deutsches Volk oder "multikulturelle Gesellschaft"? in "Aspekte der Souveränität", Herbert Fischer, Hrsg.)

Gegen den Willen der Mehrheit des Volkes - wie die Unterschriftenaktion der CDU bewiesen hat - sind mittlerweile weitgehende gesetzliche Erleichterungen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ohne ausreichende Gegenleistung der Antragsteller geschaffen worden. Freimütig erklären die verantwortlichen Politiker gar, dies sei erst der Anfang! Nebenbei muss man auch fragen, wohinein sich denn die Einwanderer integrieren sollen, angesichts der offensichtlich antinationalen Politik und der damit verbundenen sprachlichen, kulturellen und bevölkerungspolitischen Verfallserscheinungen unseres Vaterlandes.

Konrad Adenauers Sorgen aus einem Interview vom 11. Oktober 1963 sind höchst aktuell: „Wir müssen so weit kommen, dass jeder einzelne Bürger, unabhängig von seiner parteipolitischen und konfessionellen Bindung, sich als verantwortlich für den Staat empfindet. Interesselosigkeit aber, Mangel an Liebe und Achtung gegenüber Volk, Heimat und Vaterland, Kritik um der Kritik willen, zerstören auf lange Sicht bewusst oder unbewusst die Grundlage einer gewachsenen Einheit von Bürger und Staat und damit die Grundlage einer parlamentarischen Demokratie.“ Und am 7. Juli 1960 äußerte er bereits vor dem deutschen Handwerk in Bad Godesberg: „Ich muss Ihnen in aller Offenheit sagen - ich bin ja dafür bekannt, dass ich kein Nationalist bin -, dass ich manchmal geradezu bestürzt darüber bin, wie wenig Nationalgefühl das deutsche Volk hat. Ohne Nationalgefühl aber, meine sehr

verehrten Damen und Herren, kann ein Volk auch in der heutigen Welt, in der die kleinen europäischen Länder und Völker sich zusammenschließen, einfach nicht bestehen.“

Die von Egon Bahr geforderte öffentliche Diskussion „was wir wollen und was wir können, was unseren Interessen entspricht und was nicht“ muss nun nachdrücklich vom Volke angemahnt werden. Die Politiker sind uns die Antwort darauf schuldig, wie sie denn - vor allem angesichts der ungesteuerten und unkontrollierten Globalisierung - den grundgesetzlich geforderten Nutzen des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm zu wenden gedenken. Schließlich wird der Bundespräsident auf das Wohl des deutschen Volkes, und nicht etwa einer beliebigen Bevölkerung oder der Gesellschaft vereidigt (Art 56 GG).

Dies ist den zusammenhanglosen öffentlichen Diskussionen stets voranzustellen und richtungsbestimmend vorzugeben, da ansonsten das Staatsinteresse, also das Gemeinwohl aus dem Blick gerät. Die kurzsichtige Überbetonung und tagespolitische Befriedigung von Individual- und Gruppeninteressen gefährden seit Jahren zunehmend den Bestand des freiheitlichen Rechtsstaates und seiner Volkswirtschaft. Wichtige Staatsaufgaben auf den Gebieten Bevölkerungspolitik, innere und äußere Sicherheit, Finanz- und Steuerpolitik, Bildung, Forschung, Soziales und Infrastruktur können unter anderem wegen der hohen Staatsverschuldung und mangelnder Kraft zu durchgreifenden Reformen nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden.

Schon geht das Wort „Museum Deutschland“ um. Es ist fast tragisch zu nennen, dass alle Bemühungen einsichtiger Politiker an den unbefriedigenden Wahlergebnissen und den Vorgaben des Grundgesetzes scheitern. Übertriebener Föderalismus, Partikularinteressen der Verbände, Wirtschaftslobbyismus und Parteistrategien lähmen die Politik. Machtvolle, entscheidungsfähige Mehrheiten bei Wahlen sind - wie die bisherigen Erfahrungen zeigen - auf Bundesebene nicht zu erwarten.

Eine Umwandlung des zum Teil veralteten Grundgesetzes in eine den modernen Verhältnissen angepasste wirkliche Verfassung ist bei der herrschenden Linkslastigkeit der Gesellschaft und des herrschenden Parteiensystems nicht einmal wünschbar; eine unparteiisch nur dem Gemeinwohl verpflichtete verfassungsgebende Nationalversammlung kaum vorstellbar. Zu sehr sind alle öffentlichen Bereiche vom Parteienwesen durchdrungen, und das Bewusstsein für den Vorrang des Staatsinteresses muss erst wieder zu Leben und Einfluss erweckt werden. Leider ist auch keine Margaret Thatcher in Sicht, die das verkrustete Gewerkschaftskartell aufbrechen und in die erforderlichen Schranken verweisen könnte. So bleibt nur der Appell an die beiden großen Volksparteien, die gegenseitigen Blockaden zu beenden und zu koalieren, um endlich das Staatsschiff wieder auf Kurs zu bringen und den staatsgefährdenden Reformstau abzubauen.

Von Rechts kann nichts erwartet werden. Das Ausland und der Zeitgeist sind dagegen und das Bürgertum bekennt sich nur hinter vorgehaltener Hand zum Patriotismus. Das Argument von Fritz Stern wird nicht durchschlagen. Er sagte bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels jüngst in der Paulskirche: „Es darf nie wieder Bürger 2. Klasse in Deutschland geben oder Menschen, die sich als solche empfinden!“ Nun - Rechte sind in Deutschland längst Bürger 2. Klasse. Sie werden allgemein ausgegrenzt, behindert, denunziert und zum Teil auch verfolgt. Verbittert hört man sie über die „DDR-light“, zu der wir uns entwickelten, klagen. Rufmordkampagnen linker und selbst liberaler Medien sind an der Tagesordnung. Auskünfte der Verfassungsschutzämter spielen dabei eine kaum noch verheimlichte Rolle. die gewalttätige Antifa tut ein übriges, um ein Klima der Einschüchterung zu verbreiten und die bürgerlichen Freiheiten sukzessive einzuschränken.,

ohne dass dies juristisch fassbar ist. Davon merken natürlich alle, die im System stecken und sich angepasst haben bzw. von ihm leben, nichts. Außerdem gilt ohnehin: „Links ist in!“

Bei Sabine Christiansen hörten wir am 10. Oktober 1999 Oskar Lafontaine sagen: „Wir müssen der PDS die Chance geben, in der Demokratie anzukommen.“ Und Egon Bahr zitierte daraufhin vergleichend und zustimmend Jochen Vogel: „Wir müssen die Grünen parlamentarisieren.“ Er fügte dem an: „Sie sind nicht nur parlamentarisiert worden, sondern eine demokratische Partei geworden, die mitregiert, nachdem sie die Fundamentalisten wie Jutta Ditfurth ausgeschlossen hat.“

Hier muss doch die Frage erlaubt sein, wie es um die Parlamentarisierung der Republikaner steht und ob sie nicht die Chance bekommen sollten, „in der Demokratie anzukommen“. Wo bleibt also gegenüber den sogenannten Rechten die Gleichheit vor dem Gesetz, das Verbot, niemanden wegen seiner politischen Anschauungen zu benachteiligen, wo bleibt die Unverletzlichkeit weltanschaulichen Bekenntnisses, wenn es um die Rechte geht?

Zieht man außer dem Grundgesetz noch das Parteiengesetz mit dem Gebot der Gleichbehandlung der Parteien zu Rate, wird schlagartig klar, wie weit Verfassungsnorm und -wirklichkeit auseinander klaffen. So konnte auch ein Vorstandsmitglied des sehr verdienstvollen Vereins zur Wahrung der deutschen Sprache (VWDS), Dortmund, auf der Mitgliederversammlung 1999 unter Beifall im Verlaufe eines ansonsten vorzüglichen Vortrages äußern: „Wir werden niemals einem Rechten nachlaufen. Niemand, der rechts denkt, hat ein Recht, bei uns mitzubestimmen!“ Da er sich zuvor auf Adolf Hitler bezogen hatte, hält dieser gute Mann Hitler ganz offensichtlich für einen Rechten!

Zu diesem Unfug sei angemerkt, wie erfolgreich das Ziel der „Sprachmächtigkeit“ der 68er (Mathias Horx) erreicht worden ist. „Rechts“ ist wie auch „konservativ“ inzwischen durch die linke Sprachstrategie im Sinne des Orwellschen „Neusprech“ mit einem Begriffsinhalt gefüllt worden, der nichts mit seiner ursprünglichen Bedeutung zu tun hat. Rechte sind nichts anderes als verkappte Faschisten und Neonazis und konservative Generale zum Beispiel in Moskau sind solche, die nichts anderes im Sinne haben, als Menschenrechte kaputt zu bomben!

Wo mag es nun hingehen? Zunächst dürfen wir dankbar sein, dass eine Grundsubstanz unseres Volkes, auf der sich weiterbauen lässt, erhalten geblieben ist. Der drohende Schlagabtausch der Supermächte auf deutschem Boden und auf deutsche Kosten ist uns erspart geblieben. Mitteldeutschland, in dem ein Großteil unserer historischen und kulturellen Wurzeln liegt, erhebt aufs neue „aus Ruinen“ und ist auf dem Wege, eine blühende Landschaft zu werden. Das Bündnissystem und die Europäische Union geben uns die Chance, den Wiederaufbau Deutschlands fortzuführen, uns auf unsere geistigen Grundlagen zu besinnen und die geraubte Selbstachtung zurückzugewinnen. Der politische Spielraum ist zwar gering, denn was „die Alemannen nördlich der Alpen innerhalb des römischen Limes“ treiben, wird vorläufig noch in Rom, dass heißt in Washington entschieden.

Unseren Goethe aber dürfen wir feiern, unsere Wurzeln zu neuem Leben erwecken und pflegen, der Wertezerstörung Einhalt gebieten, die Tradition des Deutschtums wieder aufnehmen und am Bau des europäischen Hauses gestaltend mitwirken, indem wir die maßgeblichen Bausteine Demokratie, Volk und Nation in angemessener Form mit einbringen. Dabei müssen wir unsere Jugend, die Anlas zu Hoffnung für die Zukunft gibt, ein Beispiel staatsbürgerlicher Verantwortung für Recht und Freiheit geben.

„Sorgen wir, dass wir nicht untergehen im Materialismus! sorgen wir, dass auch die deutsche Jugend erkennt, dass das Leben wirklich nicht identisch ist mit Vergnügungen, mit möglicher Flucht vor der Arbeit. Sorgen wir dafür, dass das ganze deutsche Volk, auch die Jugend, die ich immer wieder besonders erwähne, sich darüber klar ist, dass nur derjenige ein befriedigendes Leben führt, der sich der Verantwortung bewusst wird, die auf ihm liegt und der er nach besten Kräften gerecht zu werden versucht.“ So sagte Konrad Adenauer in einer Ansprache am 13. Februar 1960.

Es wird entscheidend darauf ankommen, dass sich das Volk rührt und Mitsprache erkämpft. Noch hat es den Anschein, als regiere die politische Klasse mit Hilfe der Medien oberhalb einer Betondecke, die sie über das Wahlvolk gebreitet hat. Die derzeitige Entlarvung der „Antiwehrmachtschau“ als Desinformation und Geschichtsklitterung (WELT, WELT am Sonntag, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Focus) bedeutet eine ungeheuerliche Blamage der öffentlichen Verantwortungsträger und der Volksvertreter, welche die Propagandaschau bisher mit Wort und Tat und viel Geld der Steuerzahler gefördert haben.

Das konnte nur geschehen, weil die Stimmen aus dem Volk bewusst missachtet worden sind und weil die freie Meinungsäußerung schon längst keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Zitat aus dem Focus Nr. 43 vom 25. Oktober 1999: „Warum hat kein deutscher Historiker die vielen Fehler und Täuschungen aufgedeckt? Die Antwort geben Geschichtswissenschaftler nur, wenn uns einer verspricht, seinen Namen nicht zu nennen: ‘Jeder Historiker hat sofort gesehen, wie schlampig und suggestiv die Ausstellung eingerichtet war, aber wer hat schon Lust, sich öffentlich fertig machen zu lassen?’ Die Verfolger anderer Denker haben es weit gebracht.“ Ich wiederhole angesichts solcher bedrohlichen Zustände mit Nachdruck: Es wird Zeit, dass sich das Volk zu Worte meldet. Die „Brüder und Schwestern“ in der DDR haben uns das 1989 vorgemacht.

Zu bedenken ist ferner, dass die Zukunft nur gemeinsam mit den Nachbarn gestaltet werden kann, denn die dort anstehenden Probleme sind entweder ähnlich oder gar übernationale, europäische Fragen, welche die Union insgesamt angehen. Das wird sehr deutlich, wenn Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die Einzige Weltmacht“ schreibt: „Tatsache ist schlicht und einfach, dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern. Dies ist kein gesunder Zustand, weder für Amerika noch für die europäischen Nationen. Das Ganze wird noch dadurch verschlimmert, dass in Europa ein Nachlassen innerer Vitalität bedenklich um sich greift.“

Gottes Mühlen mahlen langsam. Der Wiederaufbau Deutschlands nach dem verlorenen 30jährigen Krieg erfordert über Generationen hinweg Beharrlichkeit, Standhaftigkeit und Treue zur guten deutschen Sache. Wir können das bevorstehende 21. Jahrhundert mit Hoffnung und Zuversicht angehen, wenn wir bereit sind, den Schutt der 68er Revoluzzer wegzuräumen, uns wie einst die Kriegsgeneration mit ganzer Kraft den Herausforderungen der Zukunft stellen und die gebotenen Chancen mutig und mit Gottvertrauen zu nutzen.

**"Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!" (Arnulf Baring)**

Literatur:

Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunisten Partei, Reclam, Stuttgart 1989  
Alan Sked: Der Fall des Hauses Habsburg, Siedler, Berlin 1993  
Dr. Karl Ploetz: Auszug aus der Geschichte, Ploetz, Würzburg 1960  
Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg, Scherz, Bern 1954  
Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, Beltz, Weinheim 1997  
Klaus Hornung: Scharnhorst, Bechtle, Esslingen 1997  
Claus Nordbruch: Sind Gedanken noch frei?, Universitas, München 1998  
John R. MacArthur: Die Schlacht der Lügen, dtv, München 1993  
Caspar Schrenck-Notzing: Charakterwäsche, Seewald, Stuttgart 1969  
Egon Bahr: Deutsche Interessen, Blessing, München 1998  
Herbert Fischer (Hrsg.): Aspekte der Souveränität, Arndt, Kiel 1987  
Ludwig Römhild: Politisch nicht korrekt, Osning, Bielefeld 1998  
Konrad Adenauer: Seid wach für die kommenden Jahre, Lübbe, Bergisch-Gladbach 1997  
Jan Werner: Die Invasion der Armen, v. Hase & Koehler, Mainz 1992  
Irenäus Eibl-Eibesfeldt: Wider die Mißtrauensgesellschaft, Piper, München 1994  
Mathias Horx: Aufstand im Schlaraffenland, Hanser, München 1989  
Günter Rohmoser: Der Ernstfall, Ullstein, Berlin 1994